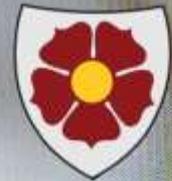


WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Mai 2022



72. SUDETEN- DEUTSCHER TAG



*..... in Hof leider nur
Monolog! (sh. S.5)*

www.sudeten.de

3. BIS 6. JUNI 2022

Inhalt:			
01. Die Ukraine	S. 03	09. Hans Slezak 85 Jahre	S. 09
02. Der 4.März in Kaaden	S. 04	10. Die Welt verstehen	S. 10
03. Das Wort des Vorsitzenden	S. 05	11. Dr. Fabritius wird abgelöst	S. 11
04. Zensur beim ST in Hof	S. 05	12. Vertreibungsberichte von Priestern	S. 12
05. SL-Satzung: Doch noch in der Schwebel?	S. 05	13. Chronik eines Umbruchs	S. 15
06. Tschechische Anmaßung (UN)	S. 06	14. Wie Havel über d. Vertreibung dachte (Bergler)	S. 18
07. Neues von der SL (BV, Resolution)	S. 07	15. Die Verpfändung des Egerlandes (Bergler)	S. 20
08. Sezession von Staaten (Prof.de Zayas)	S. 08	16. Denunzianten im Protektorat	S. 22

Impressum

DER WITIKOBRIEF.

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V

V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867.

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de

Druck: Wolfring, An der Riedwiese 6, 61250 Usingen

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: Hypo Vereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX; (alt: Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70); Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF; (alt: Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, Von Raumer-Str. 25, 91550 Dinkelsbühl Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 64. Jahr!

Das Fensterchen der deutschen Sprache:

Der tschechische Philosophieprofessor Emanuel Radl kritisierte 1924 die Sprachenpolitik der ČSR wie folgt:



Emanuel Radl

„In Prag sind öffentliche Aufschriften und Plakate in deutscher Sprache untersagt. So sind z.B. an einem Hause in großen Lettern die Aufschriften *Vacuum Oil Company* oder *Gelateria italiana* erlaubt, nicht hingegen die Aufschrift *Deutsches Haus*.“... „In den Eisenbahnzügen findet man nach den tschechischen, französischen, englischen Aufschriften irgendwo an letzter Stelle auch die deutsche. Deutsch ist bei uns in der Theorie eine Fremdsprache, und wir tun so als ob es bei uns im Lande keine deutsche Sprache gäbe. Dabei ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung deutsch und das Deutsche ist für uns das natürlichste Mittel zur Verständigung mit der Welt.“... „Von den Přemysliden angefangen bis auf die heutige Zeit schauen wir durch das Fensterchen der deutschen Sprache in die Welt.“

(Zusammengestellt nach Em.Radl, Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen, 1924, deutsch: 1928).

Fundstücke

1. Bis jetzt wurden bundesweit 642 Ermittlungsverfahren wegen Abrechnungsbetrugs in Corona-Testzentren bekannt. In Fachkreisen hält man sogar bis zu 30.000 Verstöße für möglich (PAZ, 29.4.22, S.4).

2. Ihren Extremnationalismus beschönigten die Tschechen als „neuen Typ der Demokratie“, als „disziplinierte Demokratie“ und als eine „Demokratie der geordneten Freiheit“ (Zitat MPr. Milan Hodza vom 19.9.1937).

3. „Take or Pay“ ist die Kurzformel, mit der sich Energielieferanten gegen einen Abnahmestopp absichern. Bei einem Öl- oder Gasboykott gegen Russland müsste daher eine Mindestmenge bezahlt werden, auch wenn sie nicht in Anspruch genommen wird (Netz- Info, 2.5.22).

Die Ukraine

Seit dem 24. Februar 2022 herrscht Krieg in der Ukraine. Sofort begannen gewisse Leute, an dessen Feuer ihr eigenes Süppchen zu wärmen. Zuletzt warnte der tschechische Senatsvorsitzende, Miloš Vystrčil (Bürgerdemokraten), davor, die Ukraine so enden zu lassen wie 1938 die ČSR, die durch das Münchner Abkommen einen Teil ihres Territoriums verloren hätte.

Diesen Vergleich kann man aber nicht ernst nehmen, denn Vystrčil hat die Vorgeschichte „vergessen“. Zum Münchner Abkommen kam es ja erst durch die unterdrückerische Sprachen- und Parteienpolitik der ČSR. In der Ukraine liegt der Fall nun ähnlich. Auch dort wird Russisch im öffentlichen Leben zurückgedrängt und werden russlandfreundliche Parteien von den Wahlen ausgeschlossen. Das war 2014 so nach dem „Maidan“ und kürzlich wieder mit dem Verbot von 22 unerwünschten Parteien. Falsche Minderheitenpolitik liefert fremden Mächten stets einen Vorwand zur Einmischung. Deshalb fordert die SL auch in ihrer Resolution vom 12. März 2022 – wenn auch nur an letzter Stelle – ein wirksames Minderheitenrecht.

Politikwechsel des Westens

Der „Westen“ hat es Russland auch an anderer Stelle leicht gemacht, den Angriff auf die Ukraine als gerecht erscheinen zu lassen. So haben seine Repräsentanten nach der „Wende“ versprochen, die NATO „keinen Inch“ (Baker 1990) weiter nach Osten vorzuschieben. Leider gibt es darüber keinen Vertrag, doch unter Ehrenmännern sollte auch das gesprochene Wort gelten. Ersatzweise könnte man jetzt auch die soeben freigegebenen „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1991“ heranziehen, aus denen hervorgeht, wie ernst man es damals meinte. Die Abkehr von dieser Politik vollzog dann die in Tschechien geborene US-Außenministerin Madeleine Albright, als sie 1999 die Aufnahme Tschechiens, Polens und Ungarns in die NATO durchboxte. Das öffnete auch weiteren zehn früheren Ostblockstaaten die Tür in die NATO, sogar mit der Folge, dass heute US-Raketen in Polen und Rumänien stehen. **Damit fühlte sich Russland zunehmend umzingelt und hintergangen.** Dies umso mehr, als die Sowjetunion 1962 mit dem Rückzug aus Kuba das „Abstandsgebot“ respektiert hatte (sh. auch Kasten!). Unerträglich für Russland ist es daher, dass auch die Ukraine die NATO-Mitgliedschaft anstrebt.

Abstandsgebot: Schlag nach bei Caesar!
Im Bellum Gallicum (VI,23) lesen wir:
"Für einen Stamm ist es der höchste Ruhm, wenn möglichst weit um ihn herum die Ländereien wüst liegen und sich Ödland ausbreitet. Das ist in den Augen der Germanen ein wesentliches Kennzeichen ihrer Tapferkeit... Zugleich fühlen sie sich dadurch sicherer, weil sie keinen plötzlichen Überfall fürchten müssen." Kennt nur P. „seinen“ Caesar?

Die Kernfrage

Den Kreml stört aber nicht nur die militärische Einkreisung. Die eigentliche Gefahr für ihn ist die Anziehungskraft der eher liberalen Ordnung des „Westens“. Die USA sind in der Lage, eine zahlreiche Gefolgschaft von Ländern um sich zu scharen, die sich davon ein gewisses Maß an Freiheit, Souveränität und Wohlstand versprechen. Dabei wissen alle, dass auch die USA immer auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, wie alleine schon die etwa 50 Kriege beweisen, an denen sie seit 1945 in irgendeiner Form beteiligt waren. Dennoch entstand unter ihrer Führung erstmals in der Geschichte ein „Empire by invitation“, ein Imperium durch Einladung (Lundestad, 1986), das auf freiwilliger Basis etwa 50 Staaten mit einem Anteil von 60 Prozent am Welthandel umfasst. Im Gegensatz dazu fehlt Russland fast ganz jede wirtschaftliche, kulturelle und politische Ausstrahlung und muss sich auf direkte oder indirekte Gewalt stützen.

Unter diesem Aspekt ist der Ukrainekrieg auch eine Art Wertekonflikt.

Aufdringlicher Westen

Putin begann eigentlich als „Westernizer“ (Spiegel, 30.4.22). Er wollte Teil der westlichen Moderne sein, wie u.a. seine Reden im Deutschen Bundestag zeigen. Bald sah er aber, dass der Westen seine Strahlkraft zum Ausbau seiner Hegemonie benutzte. Dafür hatte er genug Anhaltspunkte: Victoria Nuland, Unterstaatssekretärin der Vereinigten Staaten, gab zu, dass die USA bis 2014 fünf Milliarden Dollar in „*Demokratisierung, Wohlstand und Sicherheit der Ukraine investiert*“ hätten (bei „Sicherheit“ kann man an militärische Berater denken!); in 16 Großstädten der Ukraine unterhält die NATO „Informationsbüros“; die Konzerne Chevron und Exxon Mobile haben

Zugriff auf die Gasvorkommen der Ukraine; Hunter Biden, der Sohn des US-Präsidenten, hat Sitz und Stimme im Verwaltungsrat der Gasfirma Burisma usw. usw.

Nach allem drängt sich der Gedanke auf: Wer wirklich Frieden will, testet nicht unentwegt die Schmerzgrenze des Rivalen aus, noch dazu als raumfremde Macht.

Auswege

Am 2. März 2022 stellten sich in der UNO 141 von 183 Staaten an die Seite der Ukraine. Nur vier stimmten mit Russland und 35 enthielten sich der Stimme, darunter China und Indien. Nach den Bevölkerungszahlen verkörpern diese sogar die Mehrheit. Wichtiger dürfte aber ihr distanzierter Blick auf das Geschehen sein. Unter den am Ukraine Konflikt beteiligten Groß- und Mittelmächten können sie keine erkennen, die sich moralisch über andere erheben dürfte. Fast jede von ihnen hat sich in der Vergangenheit schon entsetzlicher Verbrechen schuldig gemacht, von Sklaverei und Imperialismus bis hin zu Angriffskriegen, Völkermord und völkermordähnlichen Vertreibungen. Die Verursacher letzterer wurden sogar in allen Ehren in NATO und EU aufgenommen! Berücksichtigt ist beim Irakkrieg die Bewertung ziviler Opfer als „Kollateralschäden“. Als lächerliche Pointe kommt hinzu, dass man jetzt den Saudis den Hof macht, um russisches Öl meiden zu können.

Dieses Wissen sollte es aber ermöglichen, eine diplomatische Lösung zu finden, bei der jede Seite ihr Gesicht wahren kann.

Die Lage Deutschlands

Deutschland hatte 1990 vom Rückzug der Sowjetarmee den größten Nutzen. Deutschland hätte sich aus Dankbarkeit für die versprochene NATO-Begrenzung einsetzen müssen. Doch die Regierung Schröder/Fischer regte sich nicht. Erst Frau Merkel verhinderte 2008 beim NATO-Gipfel in Bukarest zusammen mit dem Franzosen Sarkozy die sofortige Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO. Auch die enge Bindung an russisches Gas (ergänzt durch Verzicht auf Atomstrom) könnte damit zu tun haben. Im Ergebnis wird die Regierung Scholz/Habeck aber mit „dem Westen“ gehen. Da die Nuklearmacht Russland im „Wertekonflikt“ möglicherweise einen „Endkampf“ führt, ist höchste Vorsicht geboten. (F.V.)

Der 4. März 2022 in Kaaden

In Kaaden starben am 4. März 1919 vierundzwanzig (24) Demonstranten für das Selbstbestimmungsrecht, so viele wie in keiner anderen sudetendeutschen Stadt. Zu Recht wird ihrer mehr als 100 Jahre später immer noch gedacht. Die angefügten Bilder geben einen Eindruck von der diesjährigen Veranstaltung am Ehrengrab.



Historiker Jan Losenicky mit Übersetzerin



Wartende vor der Gedenkfeier in Kaaden

*Ohne Arbeit früh und spät wird Dir nichts geraten,
der Neid sieht nur das Blumenbeet, aber nicht den Spaten.*
(Sinnspruch in einem Thüringischen Wirtshaus)

Das Wort des Vorsitzenden



Felix Vogt Gruber

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Die Pandemie haben wir glimpflich überstanden, da erreicht uns wildes Kriegsgetöse aus der Ukraine. Es kommt davon, dass es zu viele Staaten gibt, die andere übervorteilen möchten. Dagegen anzukämpfen, war immer das Ziel unseres Bundes und wird auch unser Anliegen beim bevorstehenden Sudetendeutschen Tag in Hof sein. Wir werden dort dafür sorgen, dass unser spezielles Problem nicht hinter dem der Ukraine verschwindet.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, schließt Euch unserer Kernmannschaft in Hof an, auch wenn Geographie und die logistischen Bedingungen dort nicht ideal sind! Auf Wiedersehen in Hof!

Euer Felix Vogt Gruber,
Bundesvorsitzender

Zensur beim ST in Hof

Das Motto des diesjährigen Sudetendeutschen Tages (ST) in Hof lautet „*Dialog überwindet Grenzen*“. Im Widerspruch dazu steht aber eine Verfügung der „Hochstraße“, die die Standbetreiber beim ST im März erreichte. Die SL behält sich darin vor, in alle an den Ständen vorhandenen Druckwerke Einsicht zu nehmen und politische Transparente, die „*zur Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung führen könnten*“, zu verbieten. Zuwiderhandlungen „*haben den sofortigen Ausschluss aus der Halle zur Folge*“.

Unsere Vertreiber können sich wieder einmal beruhigt zurücklehnen. Den Dialog mit den Vertriebenen verweigern sie selbst, den Dialog der Opfer untereinander unterbinden ihre „Freunde“ in der Landsmannschaft. Beste Voraussetzungen also für Monolog-Liebhaber.

Leider ist das aber ein falsches Signal an die Menschenrechtsverletzer in aller Welt.

Nicht zuletzt verstößt der Zensurantrag auch gegen die eigene Satzung, denn deren Artikel 1 stellt alle Mitglieder gleich, unbeschadet ihrer Konfession, Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit. Jetzt bestätigen sich auch die Vorbehalte des Witikobundes gegen die Satzungsänderung: Die SL wendet sich nur noch gegen „*weltweite*“ Enteignungen (Art. 3, neu) und weniger gegen die den Sudetendeutschen konkret zugefügten.

Quo vadis, SL?

SL-Satzung: Doch noch in der Schwebe?

Seit sieben Jahren wird dem SL-Fußvolk die „erfolgreiche“ Entkernung der SL-Satzung verkündet. Sogar der bayrische Ministerpräsident, Horst Seehofer, verbreitete diese Meldung am 18. März 2015 bei einem Besuch in Prag. Nachdem die Änderung sieben Jahre später dann doch bei Gericht eingetragen wurde, meldete Bernd Posselt in der Vereinszeitung Vollzug. Groß war daher das Staunen, als das Registergericht München kürzlich mitteilte, dass der Fall an das Oberste Landgericht München (OLG) überwiesen worden sei.

Was war geschehen?

Hier die Antwort: Nach der Eintragung beantragte ein Landsmann Löschung des Eintrags. Dabei brachte er die alten, aber auch einige neue Gründe vor. Das Registergericht hat darauf mit der Vorlage beim OLG reagiert. Wir warten gespannt auf das Urteil.

Tschechische Anmaßung:

Tschechien folgte Russland im UN-Menschenrechtsrat. Die erforderliche Mehrheit kam gleich im ersten Wahlgang mit 141 von 191 Stimmen zustande.

Der Menschenrechtsrat ist eine Unterorganisation der UN-Vollversammlung. Die Ereignisse in der Ukraine führten Anfang April 2022 zur Suspendierung Russlands in diesem Gremium. Erforderlich dafür war eine Zweidrittelmehrheit, die mit 93 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen erreicht wurde. Russland hält diese Maßnahme für unbegründet, muss sich aber beugen.

Pikant an dieser Sache ist, dass sich ausgerechnet die Tschechei um die Nachfolge Russlands bewirbt, die selbst für beispiellose Grausamkeiten an den Sudetendeutschen verantwortlich ist! Wie schon bei der Aufnahme in NATO und EU hat auch hier die Glaubwürdigkeit „des Westens“ Schaden genommen. Aber vielleicht stolpert das neue Mitglied über seine eigene Zielsetzung, denn Tschechien möchte „im Rat kein Land sehen“, das selbst Menschenrechte verletzt?

Die Verstocktheit der Tschechen ließ in diesen Tagen auch Ex-Präsident Vaclav Klaus erkennen. Er warnte in der Zeitung „Lidově noviny“ vor den ukrainischen Flüchtlingen in der Tschechei, denn Völkerwanderungen riefen immer Probleme hervor. Das hätte sich auch bei den Sudetendeutschen gezeigt (denen er aber wenigstens keine Massenmigration vorwarf). Die tschechische Regierung handle unverantwortlich, da die Ukrainer nicht das (immer noch?) „entleerte Grenzland füllen“ oder fehlende Arbeitskräfte stellen würden, sondern eine östliche Kultur, ja sogar Kriminalität und Korruption*) mitbrächten.

Initiative Slezaks

Von sudetendeutscher Seite hat sich in dieser Sache unser 2. Vorsitzender und Obmann des SL-Bezirks Oberbayern, Hans Slezak, positioniert. Er appellierte an den Schirmherrn der Sudetendeutschen, MP Söder, auf die erwähnten Widersprüche hinzuweisen und so zur Selbstachtung der Demokratien beizutragen.

Danke, Hans Slezak!

*) In der Weltrangfolge der korruptesten Staaten liegen Ukraine und Russland auf den Rängen 127 und 129.

Besuch im Zentrum gegen Vertreibungen

Unser Kamerad Gernot B. besuchte das Vertriebenenmuseum in Berlin, Stresemannstraße, und schreibt:

Bezüglich der Ausstellung gibt es kaum etwas Berichtenswertes. Es lässt sich kurz zusammenfassen: Die Vertreibungszahlen und die Todeszahlen werden heruntergerechnet. Es gibt keine Hinweise auf die "seltsame" Gründung der Tschechoslowakei und die schon damals geplante Vertreibung, keinen Hinweis auf den 4. März 1919 und keinen auf die kleinen und großen Drangsalierungen der Sudetendeutschen in der Zwischenkriegszeit. Verschwiegen wird auch die Prager Abtretung oder die Mission von Lord Runciman. Nur die Gebietsabtretungsvorstellungen von Benes (Necas-Brief, September 1938) werden erwähnt. Ansonsten liegt die Schuld an allem bei Deutschland.

Man kann sich die Ausstellung mal ansehen, wenn man sowieso in Berlin ist. Extra hinfahren würde ich nicht. G.B.



Museum Berlin

Das Wissen wächst, aber die Wahrheit nimmt ab.

Neues von der SL

Karlspreis für Selenskyj

Vier Tage nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine verkündete die SL ihre Absicht, dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, den diesjährigen Karlspreis zu verleihen. Dieser Schritt wirkte zwar etwas überstürzt, ist aber durchaus gerechtfertigt, weil er zu verstehen gibt, dass Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts zu verurteilen sind und Widerstand dagegen anerkannt werden muss. Fraglich ist allerdings, ob diese Botschaft so auch bei den Tschechen ankommt, nachdem von der kürzlich geänderten SL-Satzung eher gegenteilige Signale ausgehen.



Selenskyj

Die XVII. Bundesversammlung (Bv)

Die diesjährige SL-Bundesversammlung fand am 12./13. März 2022 in München statt.

Auch sie befasste sich mit der Ukraine, indem sie eine neun Punkte umfassende Resolution dazu beschloss (sh. Kasten unten!). Der Inhalt ist gut gemeint, müsste sich aber deutlicher auf die Sudetendeutsche Volksgruppe beziehen. Das fällt einem Gremium offenbar immer schwerer, das über Jahre vor allem zur Rücksichtnahme auf die Vertreiber gedrillt wurde.

Die übrigen Tagesordnungspunkte der XVII. BV betrafen fast nur die üblichen Vereins-Regularien. Erneut vermisste man den Entwurf für eine neue Wahlordnung. Die jetzt gültige ist hoffnungslos veraltet. Die Schwachpunkte hat der Witikobrief bereits in Folge 2021,2 aufgezeigt.

Bemerkenswert war eine während der Diskussionen aufgetauchte Frage. Ein Delegierter bat um Auskunft, warum der Witikobund vom Sudetendeutschen Tag ausgeschlossen wird. Der SL-Vorsitzende antwortete, dass vom Witikobund keine Distanzierung von AfD und Reichsbürgern vorläge. Ein Wortwechsel mit unserem Vorsitzenden brachte keine Klärung, insbesondere nicht darüber, ob die SL künftig anlasslose Distanzierungsübungen einführen möchte.

Entschließung über die Ukraine

Die Bundesversammlung der SL als Volksgruppenparlament der heimatvertriebenen Sudetendeutschen

- unter Hinweis auf die Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907, den Briand-Kellogg-Pakt zur Ächtung des Krieges vom 27. August 1928, die Charta der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1945, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates vom 4. November 1950, die KSZE-Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975, die OSZE-Charta von Paris vom 21. November 1990, das Budapest Memorandum vom 5. Dezember 1994 und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 1. Juli 2002;

- gestützt auf die Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 4. März 2021 und die SL-Grundsatzklärung vom 28. Februar 2015;

1. verurteilt schärfstens den Angriffskrieg gegen die Ukraine, den der russische Diktator Wladimir Putin und sein Regime entfesselt haben und fordert, die Verantwortlichen gemäß dem internationalen Strafrecht zur Verantwortung zu ziehen;
2. fordert die Russische Föderation auf, Zerstörung und Blutvergießen in der Ukraine sofort zu beenden und ihre Truppen aus dem Nachbarland vollständig zurückzuziehen;
3. nimmt mit Bestürzung zur Kenntnis, dass Millionen unschuldiger Menschen in der Ukraine zu Opfern von Flucht und Vertreibung geworden sind und weiterhin werden, was die Sudetendeutschen an ihr eigenes Schicksal erinnert;
4. zeigt sich besorgt über die Lage der ebenfalls vom russischen Angriffskrieg hart getroffenen deutschen Volksgruppe in der Ukraine und unterstützt die Bemühungen des Bundes der Vertriebenen, dieser in der Öffentlichkeit oft übersehenen Minderheit Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen;
5. erinnert an ihre kulturelle und historische Verbundenheit mit dem ukrainischen Volk, dessen in Galizien und der Bukowina lebender Teil mit den Sudetendeutschen lange Zeit im Kleineuropa der Habsburgermonarchie vereint war;
6. setzt sich für die Aufnahme und Unterstützung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus der Ukraine in allen Ländern der Europäischen Union ein, hat dies bereits in Sudetendeutschen Einrichtungen wie dem Heiligenhof in Bad Kissingen begonnen und erklärt sich solidarisch mit deren Leid;
7. fordert die EU auf, die Ukraine auf ihrem europäischen Weg und beim Wiederaufbau zu unterstützen;
8. setzt sich für die Weiterentwicklung der EU zu einer außen- und verteidigungspolitisch handlungsfähigen Sicherheitsunion als stabilisierenden Faktor des Friedens in der Welt ein;
9. fordert ein Europ. Volksgruppen- u. Minderheitenrecht sowie ein international kodifiziertes Vertriebungsverbot

„Altösterreicher“ in der Ukraine

Rund 400 000 Deutsche und Altösterreicher lebten bis 1941 in der Ukraine. Ihr zweitwichtigstes Siedlungsgebiet war, nach der Wolgaregion, vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg die Region entlang der Schwarzmeerküste. Im August 1941, nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, ließ Josef Stalin die Mehrzahl der Ukrainedeutschen nach Sibirien und Zentralasien deportieren. Heute leben noch etwa 33 000 Angehörige der deutschen Minderheit in der Ukraine – gemessen an der Bevölkerungszahl von 44 Millionen ein sehr geringer Anteil. Nach dem Zerfall der Sowjetunion kamen viele Ukrainedeutsche als Spätaussiedler nach Deutschland. Eine Sprachencharta schützt Deutsch dennoch als Minderheitensprache vor dem Aussterben, zudem sind viele Ukrainer daran interessiert, Deutsch zu lernen. Deutsche sind in der Ukraine in zahlreichen Vereinen organisiert. Ihre Projekte werden teilweise vom „Rat der Deutschen der Ukraine“ gebündelt. Der Rat bietet nicht nur Sprachkurse an, er organisiert auch digitale Projekte zur Geschichte der Deutschen in der Ukraine. Der Bund der Vertriebenen (BdV) in Deutschland wurde von dieser Organisation um Unterstützung gebeten, denn flüchten können lediglich Frauen, Kinder und alte Menschen, die nicht mehr zum Militär eingezogen werden. (Quelle: Gernot Facius, Sudetenpost, Folge 4/2022, S.2)

Sezession von Staaten

Mit dem Sezessionsrecht der ukrainischen Gebiete Donezk und Luhansk befasste sich **Prof. de Zayas** in einem Leserbrief an die FAZ vom 1. März 2022. Er bezog sich auf den Beitrag eines gewissen Christian Walter vom 24.2.22, S.6, in derselben Zeitung. Sein Inhalt ist auch für die Sudetendeutschen interessant. Hier der Wortlaut:

Ausnutzung eines Menschenrechts?

Christian Walter schreibt in seinem Artikel „Das Recht ausgenutzt“, dass die Vollversammlung der Vereinten Nationen es 1970 explizit ausgeschlossen habe, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dahin zu verstehen, dass es zu Maßnahmen gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Einheit souveräner und unabhängiger Staaten ermächtigt oder ermuntert. Deshalb verbiete sich ein kurzer Schluss vom Recht auf Selbstbestimmung auf ein Recht auf Sezession.

Christian Walter verkennt, dass sich das internationale Recht weiterentwickelt hat, Man kann das Prinzip der territorialen Integrität („uti possidetis“) nicht gegen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in Anspruch nehmen. Im Falle von Luhansk und Donezk liegt deren Recht auf Selbstbestimmung ausschließlich bei den Einwohnern dieser Regionen, bei niemandem sonst. Nicht das Recht auf Selbstbestimmung führte zu diesem Konflikt, sondern dessen rechtswidrige Verweigerung durch die Ukraine. Ein von den Vereinten Nationen überwachtetes Referendum in beiden Gebieten und die Anerkennung des Ergebnisses durch alle Konfliktparteien hätte verhindern können, dass es zum Kriegsausbruch am 24. Februar 2022 kam. Das Menschenrecht auf Selbstbestimmung ist ein friedenserhaltendes und Konflikten vorbeugendes Recht, aus dem sich andere Menschenrechte ableiten. Menschenrechte gibt es nicht à la carte. Sie sind ihrem Wesen nach universell, uneinschränkbar und unentziehbar.

Der internationale Gerichtshof hat in Absatz 80 seiner „Advisory Opinion“ zur Sezession des Kosovo von Serbien festgestellt, dass diese nicht gegen das Völkerrecht verstieß. Insofern geht es am Kern des rechtlichen Problems vorbei, wenn Christian Walter ausführt, dass ein Recht auf Sezession aus dem Selbstbestimmungsrecht von einer großen Mehrzahl der Staaten entweder ganz abgelehnt oder allenfalls in den äußersten Grenzen einer sogenannten „remedial secession“ für möglich erachtet wird. Das Recht auf Sezession steht der überwiegenden russischsprachigen Bevölkerung von Donezk und Luhansk ebenso wie den Katalanen oder Kurden zu. Wesentlich ist freilich, dass es zum einen gewaltfrei in Anspruch genommen und zum anderen nicht durch Gewalt behindert wird.

PROF. Dr. ALFRED DE ZAYAS, GENÈVE

PROF. DR. AXEL SCHÖNBERGER, BREMEN

Hans Slezak 85 Jahre

Unser Vize-Vorsitzender Hans Slezak konnte am 22. April 2022 seinen 85. Geburtstag feiern, wozu ihm unser Bund herzlich gratuliert!

Geboren wurde Hans Slezak in Mährisch Aussee, im nordmährischen Altvatergebiet. Bei Kriegsende musste er mitansehen, wie die Tschechen seinen Vater zusammenschlugen und ins Gefängnis brachten. Dann kam die Vertreibung. Mutter Anna, Sohn Hans und Tochter Helene landeten in Oberbayern (nahe Burgkirchen). Nach dramatischer Flucht stieß auch der Vater wieder zur Familie.



Hans Slezak

Hans besuchte das Gymnasium und ergriff danach den Beruf des Elektrikers. Seine Wehrpflicht erfüllte er bei der Marine in Kiel. Dort lernte er seine spätere Frau Karin kennen, mit der er in München eine Familie gründete, der drei Kinder entsprossen.

Bald machte er sich als Fachmann für Gebäudeleittechnik selbständig. Nach der Wende gründete er in Thüringen sogar eine Filiale.

Früh betätigte sich Hans Slezak in der CSU, war Ortsvorsitzender und dreizehn Jahre lang Bezirksrat. In den 1980er Jahren stieß er zur SL. Von 1992 bis 2013, also 21 Jahre lang, bekleidete er in München das Amt des Kreisvorsitzenden und seit 2007 ist er Obmann des mitgliederstärksten SL-Bezirks, des Bezirks Oberbayern. Der SL-Bundesversammlung gehört er seit vier Wahlperioden, also seit 2008, an. 2012 kam schließlich noch das Amt des stellvertr. Vorsitzenden des Witikobundes hinzu, das er bis heute innehat.

Auf seine Anregungen geht zurück, dass im Sudetendeutschen Haus das Foyer den Namen „Habsburg“ trägt und ein Zimmer nach dem Witikonen und Mitbegründer der Sudetendeutschen Stiftung, Alfred Würfel, benannt wurde.

Wie oft, steht auch bei Hans Slezak eine starke Frau hinter den Erfolgen des Mannes. Wer kennt Frau Karin nicht vom Standdienst beim Sudetendeutschen Tag oder als Leiterin der letzten noch aktiven SL-Gruppe in ganz München! Mit einem Wort: Die Verdienste des Ehepaares Slezak um die Volksgruppe sind nicht mit Gold aufzuwiegen.

Umso unverständlicher ist daher, dass Personen wie diese in Grundsatzfragen bei der SL-Spitze kein Gehör finden, ja sogar ausgegrenzt werden. Besonders schmerzlich ist das in der Frage der Satzungsänderung. Wenn die Diskrepanzen zwischen SL-Bundesversammlung und Basis so gewaltig sind, muss man über das Auswahlverfahren der Delegierten nachdenken. Schon lange ist es ein Ärgernis, dass nur 40 Prozent derer von wirklich zahlenden Mitgliedern bestimmt werden, und das auch nicht direkt, sondern gefiltert über Kreis- und Bezirksvorstände. So gehört auch der Wunsch nach einer Änderung der hoffnungslos veralteten Wahlordnung zu den Hauptanliegen des Jubilars! (F.V.)

Die deutsche Minderheit in Slowenien

Die deutsche Minderheit in Slowenien kämpft immer noch um ihre Anerkennung. Kürzlich wurde die Gruppe in Laibach gezwungen, ihre zweisprachige deutsch-slowenische Vereinstafel zu entfernen, da der slowenische Name zuerst zu stehen habe. Unterstützung aus Klagenfurt oder Wien bleibt leider aus.

Überhaupt fehlt der Grundsatz der Gegenseitigkeit. Während diese bei anderen Minderheiten gewahrt wird, so bei Italien und Ungarn, geht es bei Verhandlungen mit Österreich immer nur um die slowenische Minderheit in Kärnten, denn der Standpunkt der Slowenen ist, dass die deutsche Minderheit in Slowenien mit dem Kriegsende erloschen sei. Das sieht so aus, als würde die gegenwärtige slowenische Regierung die von den Tito-Kommunisten zu verantwortende Vernichtung der Deutschen nachträglich akzeptieren.

Heimat ist, wo die Ahnen ruhen.

Die Welt verstehen

1. Im Koalitionsvertrag der „Ampel“ kommt das Wort Klima 198mal vor, der Begriff Vertreibung hingegen nur einmal (FAZ, 24.12.2021, S.22).
2. Olaf Scholz ist der erste konfessionslose Kanzler der Bundesrepublik Deutschland (Spiegel, 5.2.22).
3. Über den Charakter der Deutschen verraten ihre Familiennamen sehr viel: Die vierzehn häufigsten bezeichnen Berufe wie Müller, Schmidt, Wagner, Schneider, Bäcker usw. (Spiegel, 5.2.22).
4. Die Wanderungsbilanz von Wissenschaftlern zwischen 1996 und 2020 weist für Deutschland (unabhängig von der Qualifikation) ein Defizit von 8.773 Personen aus (Spiegel, 5.2.22, S.9).
5. Die USA haben bis 2014 fünf (5) Milliarden Dollar „investiert“, um den demokratisch gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowytch „abzulösen“. (Google: Victoria Nuland, US-Außenministerium).
6. In Deutschland gibt es rd. 30 Mio. sog. Kleinfeuerungsanlagen, das sind offene Wohnzimmerkamine. Sie verbreiten leider das Jahr über mehr Feinstaub als alle Verbrennungsmotoren in PKWs und LKWs zusammen (Spiegel, 19.2.2022).
7. Holländisches Militär beging zwischen 1945 und 1949 in Indonesien schwere Kriegsverbrechen. Das bestätigten jetzt mehrere Staatliche Ämter, die den Befreiungskampf der früheren niederländischen Kolonie untersuchten (FAZ, 22.2.22, S.11).
8. Andrea Tandler, Tochter des früheren CSU-Politikers, vermittelte (unterstützt von Strauß-Tochter Monika Hohlmeier) der Bundesregierung 80 Mio Corona-Schutzmasken zum Stückpreis von 9,- €. Ihre Provision betrug 48 Mio. € oder 60 ct.pro Maske. Bei ALDI kostet eine Maske inzwischen nur noch 19,9 ct.
9. Für Biosprit werden Raps, Mais und Ölpalmen (meist) in Monokulturen angebaut. In Deutschland geschieht das auf 462.000 ha Ackerland, weltweit auf 1.235.000 ha. Umgerechnet auf Solarzellen und Elektroautos genügten für die gleiche Kilometerleistung 3 (!) Prozent dieser Fläche (Spiegel, 5.3.2022).
10. Ein tschechischer Forstamtdirektor wurde wegen Untreue zu drei Jahren Haft verurteilt. Der tschechische Staatspräsident Milos Zeman hat ihn nach Bekanntwerden des Urteils sofort begnadigt. Politiker und Juristen sind wegen dieser Geringachtung des Rechtsstaates empört (Radio Prag, 31.3.22).
11. Ukrainer besitzen in der Tschechei derzeit 12.538 Firmen mit rd. 26.000 Arbeitnehmern, dicht gefolgt von den Slowaken mit 12.454.Unternehmen. Umsatzmäßig liegen die Russen aber noch vor den Ukrainern (Radio Prag, Internetausgabe).
12. Die britische Zeitung „Economist“ bezeichnete das Potsdamer Abkommen im Hinblick auf die Vertreibung der Deutschen als „Hitlerschen Frieden“ (Bohemia, 60/2020, S. 245)
13. Von Adalbert Stifter sind bis jetzt 1.045 Briefe bekannt. Sie werden vom Kohlhammer-Verlag in sechs Bänden veröffentlicht. Der erste erschien soeben und kostet bescheidene 570 €! (FAZ, 13.4.22).
14. In Deutschland werden 60 Prozent der Getreideproduktion an Tiere verfüttert. Hier liegen die Reserven für die Abwendung einer Hungersnot unter den Landesbewohnern (Spiegel, 19.3.22, S. 49).
15. Bei einer Umfrage der Allensbacher Demoskopien äußerten 31 Prozent der Befragten die Meinung, in einer Scheindemokratie zu leben (JF, 15.4.22, S. 6).
16. Im Jahre 1933 beklagte der Budget-Berichterstatler im čsl. Parlament, Remeš, das hohe Maß der Steuerrückziehung in der ČSR. Er schätzte sie beim Großgrundbesitz auf 60 % der Einkünfte, bei der Kapitalsteuer auf 70% und bei Spekulationsgewinnen auf 99 % (Tribüne, 4/1933, S.111).
17. In Italien erklärte ein Gericht den Corona-Impfzwang für verfassungswidrig, weil „die experimentelle mRNA-Behandlung“ nachweislich der Gesundheit schade oder gar tödlich sei (www. wochenblick.at).
18. Die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erteilte die Erlaubnis, Gebäude der Bundesbehörden zu bestimmten Anlässen mit der Regenbogenfahne zu beflaggen (UA, 14.4.22, S. 2).
19. Hunter Biden, Sohn des US-Präsidenten, gehört dem Verwaltungsrat der ukrainischen Gasfirma Burisma an. Sein Monatsgehalt hängt ab vom Umsatz, wird aber auf knapp 50.000 Dollar geschätzt.
20. Vor 70 Jahren schlossen sich Baden und Württemberg zum Südweststaat zusammen. MP Kretschmann betonte, dass die Heimatvertriebenen nahezu geschlossen für den Zusammenschluss gestimmt und so den Ausschlag dafür gegeben haben (Schorndorfer Nachrichten, 25.4.22).
21. Die Philippsuniversität Marburg bietet ab sofort einen Studiengang „Gegen Rechtsextremismus“ an. Zulassungsbedingung ist ein abgeschlossenes Bachelorstudium. Erinnerungen an den „Wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus“ werden geweckt (FAZ, Lokalteil, 3.5.22, S.34).

Das ist die Seuche unserer Zeit: Verrückte führen Blinde.

(Shakespeare, King Lear)

Dr. Fabritius wird abgelöst

Der BdV-Vorsitzende, Dr. Bernd Fabritius, wurde als „Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten“ abberufen. Seine Nachfolgerin ist die erst 29 Jahre alte SPD-Abgeordnete Natalie Pawlik, die 1999 mit ihren Eltern aus dem sibirischen Wostok in den Wetteraukreis (Hessen) kam. Dr. Fabritius war von 2013 bis 2017 und als Nachrücker von 2021 bis zur Bundestagswahl Mitglied der CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages.



Natalie Pawlik

Das Amt des Beauftragten ist dem Bundesinnenministerium zugeordnet. Da Natalie Pawlik von 2019 bis 2021 Juso-Vorsitzende in Hessen-Süd war, liegen Seilschaftsvermutungen zur neuen, der äußersten Linken zugeordneten Innenministerin Nancy Faeser, ebenfalls Hessen-Süd, nahe.

Es ist legitim, wenn man sich als Minister oder Ministerin mit Gleichgesinnten umgeben will. Fragen muss man sich jedoch, wo es unter Dr. Fabritius noch Reibungspunkte zum BdV gegeben haben könnte, denn auch die BdV-Satzung ist nach der Änderung des Jahres 2012 (Steinbach!) den Regierungswünschen weitgehend angepasst. So wurden damals getilgt:

- * > das Ziel der Wiedervereinigung aller Teile Deutschlands,
- * > das Eintreten für das Eigentumsrecht und
- * > der Aufruf an die Jugend zur Mitarbeit bei der Erfüllung dieser Aufgaben.

Neu kamen hingegen dazu:

- * > die Förderung der Völkerverständigung durch partnerschaftliche Beziehungen zu der Bevölkerung unserer östlichen Nachbarstaaten auf der Basis von Wahrheit und Recht und
- * > die „Beratung, Betreuung und Unterstützung ...von Zuwanderern/Migranten, um ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Eingliederung zu erleichtern.“

Frau Faeser könnte aber mit der neuen Personalie eine andere Absicht verbinden. Bekanntlich befinden sich unter den Aussiedlern aus Russland vermehrt Anhänger rechten Gedankengutes. Da sich Frau Faeser aber den Kampf gegen dieses auf die Fahnen geschrieben hat, dürfte sie eine Ex-Juso-Vorsitzende mit sibirischen Wurzeln für dieses Amt als besonders geeignet halten. Ob Natalie Pawlik schon dem BdV angehört, ist unbekannt (*F.V.*)

Neuer BdV-Generalsekretär

Mit dem 1. März 2022 übernahm der bisherige Leiter der Hauptstadtvertretung des Bundes der Vertriebenen (BdV), **Marc-Pawel Halatsch**, auf Empfehlung von BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius und nach Beschluss des Präsidiums das Amt des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen. Sein Vorgänger, Klaus Schuck, ist auf eigenen Wunsch mit Ablauf des 28. Februar aus der Arbeit ausgeschieden.

Halatsch ist studierter Medien- und Kulturwissenschaftler (M.A.) und trat 2014 als Pressesprecher und Leiter des Referates Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in die Arbeit beim BdV ein. Mit dem personellen Ausbau der Vertretung des BdV in Berlin übernahm er auch die dortige Leitungsfunktion.

BdV-Präsident Fabritius dankte dem scheidenden Klaus Schuck für jahrzehntelangen Einsatz für den Verband. Er habe mit Empathie hinter der Sache der deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten in den Nachbarländern gestanden und einen „Kurs der Erneuerung und des Erinnerungstransfers nach außen sowie der fortwährenden Konsolidierung nach innen“ mitgestaltet.

Dieser Kurs werde unter neuen Vorzeichen unter dem neuen Generalsekretär Marc-P. Halatsch fortgesetzt. „Der BdV ist für die Zukunft gut aufgestellt“, so Fabritius.

Vertreibungsberichte von Priestern

Die Misshandlung von drei Millionen Sudetendeutschen mit anschließender Vertreibung wurde von den Betroffenen selbstverständlich sofort als epochales Verbrechen erkannt, welches genauestens dokumentiert werden musste. Das geschah unkoordiniert in unzähligen Heimatbüchern und in den rd. siebzig Heimatbriefen der Volksgruppe. Systematisch nahmen diese Aufgabe Wilhelm Turnwald und Emil Franzel in ihren Fallsammlungen in Angriff. In jüngster Vergangenheit wurden beide Werke ergänzt mit der Auswertung der tschechischen Archive durch Jiri Paděvet in dem Buch „Blutiger Sommer“.

Viel zu wenig bekannt sind daneben aber noch die Vertreibungsberichten katholischer Priester, die in acht Leitzordnern im „Institut für Kirchengeschichte Böhmens, Mährens und Schlesiens, Königstein“ (jetzt ansässig in Ockstadt, Hessen) aufbewahrt werden. Sie wurden seit 1947 vom **Priesterwerk der Königsteiner Anstalten** zusammengetragen und umfassen alle Diözesen Böhmens und Mährens (sh. Abbildung!). Sie sind somit eine fast flächendeckende Dokumentation der ethnischen Säuberung eines Landes mitten in Europa.



Die Diözesen Böhmens und Mährens

Aufgaben für die Zukunft

Für die Zukunft stellt sich nun die Aufgabe, die verschiedenen Darstellungen untereinander abzugleichen. Das dürfte bei den Heimatbriefen und Heimatbüchern schwierig sein, da die meisten noch nicht durch ein Register erschlossen wurden. Es wäre aber schon viel gewonnen, wenn wenigstens die oben erwähnten systematischen Fallsammlungen untersucht würden. **Das wäre eine sinnvolle Aufgabe für den Bundesverband der SL in München.** Mit einem Aufruf an die Ortsgemeinschaften und Heimatkreise könnte man sich Hilfe von der

Basis sichern, und für die Finanzierung bietet sich der Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds an. Nötig wäre nur der zielstrebige Wille, dieses Werk durchzuführen.

Es folgen hier zwei Berichte, die einen Eindruck von den in Ockstadt aufbewahrten Dokumenten vermitteln sollen.

Bericht von:

Pfarrer Simon Josef Wolf, Auherzen bei Pilsen:

1. Die Pfarrei Auherzen umfasste zwei Land- und drei Industriegemeinden (Auherzen, Lihn, Rothaujezd, Steinaujezd und Zwug) mit 7.000 Seelen, davon 5.000 Katholiken, je zur Hälfte deutsch und tschechisch.

2. Am zweiten Tag nach dem Einmarsch der Amerikaner wurden die Deutschen ausgeplündert, die Männer im Rathaus zu Lihn und in Kellern eingesperrt und verprügelt. Nach 2-3 Tagen wurde der größte Teil wieder entlassen.

3. Die Zahl der Toten betrug etwa 12-14. Als Todesursache wurde immer Selbstmord angegeben, es ist aber anzunehmen, dass die meisten erschlagen wurden. Im August wurde dann ganz Rothaujezd ins Tschechische verschleppt. In der Nacht wurde das Dorf durch Militär umstellt, die Bevölkerung früh aufgefordert, einige Kleinigkeiten zu packen, und nach höchstens zwei Stunden wurden alle Einwohner mit dem Auto abtransportiert.

Die übrige Bevölkerung des Pfarrbezirkes wurde im Laufe des Jahres 1946 über das Aussiedlungslager Mies ausgesiedelt. In den Gemeinden Zwug, Lihn und Steinaujezd wurde eine größere Anzahl zum Teil ins Tschechische und zum Teil ins Internierungslager Tschemoschna verschleppt. Auch in die Strafanstalt Bory in Pilsen wurde eine größere Anzahl Männer eingeliefert, wo ein Teil davon (11, Red.) starb. Weitere Männer und Frauen wurden ins Gerichtsgefängnis Staab eingeliefert, wo sie etwa 3-4 Monate blieben. In Staab ist aus der Pfarrgemeinde niemand gestorben.

4. Auch der Pfarrer mit seinen Angehörigen sollte zur Verprügelung nach Lihn eingeliefert werden, jedoch wurden die Amerikaner von einigen einheimischen Tschechen ersucht, davon abzusehen. Man gab sich dann zufrieden, nachdem das Haus ausgeraubt war. Amerikaner durchsuchten das Pfarrhaus, nachher fehlten viele Sachen, besonders Uhren und dgl. Im Laufe der Zeit wurden des Öfteren Hausdurchsuchungen gemacht, bei Tag und Nacht, und eine Reihe von Sachen beschlagnahmt (Schreibmaschine, Projektionsapparat, Kelch, Radio usw.). Bei den Durchsuchungen wurde ständig mit Verhaftung gedroht. Predigtverbot, Gottesdienstverbot, trotzdem wurde er weiter gehalten. Die Ausweisung erfolgte im September 1946. Wir wurden ständig bewacht.

Bei unserer Ausweisung wurde die Kontrolle in unserer Pfarrei am schärfsten gehandhabt, die aus der Umgebung mit uns ausgesiedelten Priester wurden viel wohlwollender behandelt, obwohl wir die einzigen waren, die bis zum Ende die tschechische Seelsorge ausübten. Das Verhalten der tschechischen Mitbrüder war nicht besser als das der Zivilbevölkerung. Der Kaplan wurde während seiner Administratur in Chotieschau vom tschechischen Priester gestohlen/!/. Die Sparkassenbücher wurden vom tschechischen Priester abgenommen und uns das Ausweisungsgeld dafür versprochen, das wir nicht bekamen. Die Aufnahme im Reich war sehr kühl.

Amberg, den 8.7.1948, *Simon Wolf, Pfarrer*



Kirche zu Auherzen, erbaut 1901

Kurzer Bericht von:

Pfarrer Johann Korber, Pfarrgemeinde Oschelin, Kreis Mies

Die Pfarrgemeinde Oschelin zählte 920 Katholiken. Zu ihr gehörten sechs Ortschaften mit durchwegs deutscher Bevölkerung. Sie ist eine Landgemeinde.

Am 5. Mai 1945 zogen die Amerikaner ein, die aber auf keinen Widerstand der deutschen Wehrmacht mehr stießen. Ihr Verhalten im Pfarrhaus, in das sie gleich eindrangten, war enttäuschend. Einige Wochen später begannen die Verhaftungen der Funktionäre der Gliederungen der NSDAP durch die tschechische Gendarmerie. Vier Personen starben in kurzer Zeit in der Strafanstalt Bory in Pilsen. Im August 1945 besetzten die Tschechen, die aus dem Inneren des Landes kamen, Wohnungen von Landwirten und Gewerbetreibenden. In Oschelin, das 84 Hausnummern hat, wurden 14 Häuser besetzt. Die Eigentümer mussten fast alles den Eindringlingen überlassen; nur das Allernotwendigste durften sie für sich behalten. Darüber entsetzte sich eine Landwirtin in Oschelin so, dass sie ihre Scheune am 1.11.1945 um 1.00 Uhr früh in Brand steckte und dann in derselben Selbstmord durch Erhängen beging. Sie wurde als verkohlte Leiche vorgefunden.

Viele Familien mussten ihre Wohnungen verlassen und kamen in das tschechische Gebiet, um landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten. Sie konnten nur ca. 50 kg Gepäck pro Person mitnehmen und haben ihr Heim nicht mehr gesehen, sondern kamen von dort später in das Sammellager zur Aussiedlung.

In zwei Mühlen wurde geplündert und sonst gab es hie und da nächtliche Besuche, so dass die deutsche Bevölkerung stets in Aufregung lebte. Am 4.12.1945 hatte das Pfarrhaus Hausdurchsuchung durch die Gendarmerie von Mies in Verbindung mit der tschechischen Wehrmacht. Sie dauerte fünf Stunden. Obwohl keine verbotenen Gegenstände weder im Pfarrhaus noch in der Kirche gefunden wurden, so wurden doch allerhand Wertgegenstände mitgenommen, und zwar: 1 Schreibmaschine, 3000,- RM Kirchengelder, alle kirchlichen Instrumente, eine goldene Uhr, Gegenstände aus Zinn mit Altertumswert, Kleidung, Wäsche und noch so manches andere, wie es gerade den tschechischen Amtsorganen beliebte.

Die tschechischen Mitbrüder haben sich bei der Aufnahme meines persönlichen Eigentums so recht von Habsucht leiten lassen. Am 8.6.1946 ging der erste Transport mit 60 Personen von Oschelin in das Aussiedlungslager Mies ab. Ihm folgten weitere sechs aus Oschelin und andere aus den eingepfarrten Ortschaften. So wurde die deutsche Bevölkerung mit 50 bzw. 70 kg Gepäck pro Person aus der Heimat von Haus und Hof, auf dem der gleiche Stamm manchmal 200 Jahre und darüber ansässig war, vertrieben. Ein trauriger Anblick!

Die letzten Deutschen haben am 3.10.1946 Oschelin verlassen. Da die Pfarrgemeinde ausgesiedelt war und ein längeres Verbleiben auch nicht mehr tragbar war, kam ich der mir schon früher vom tschechischen Gemeinderat vorgelegten Ausweisung am 15.10.1946 nach. Ich kam über Eger nach Bayern. Beim erzb. Generalvikariat in Bamberg ersuchte ich um eine Seelsorgestelle. Durch Zuschrift vom 22.10.1946 wurde ich als Flüchtlingsseelsorger für Windsheim und Umgebung angestellt. Ich kam also nach Mittelfranken in die Diaspora, um in der Seelsorge für die Heimatvertriebenen tätig zu sein. Meine Ankunft war hier zu meinem größten Bedauern nicht erwünscht und so sollte ich wieder zurückfahren. Aber wohin? Ich fand keine Wohnung vor und musste dieselbe ohne Unterstützung von irgendeiner Seite erkämpfen. Erst am 4.4.1947 konnte ich durch Bescheid des Wohnungsamtes eine Wohnung in einem Privathaus beziehen.

Johann Korber, früher Pfarrer in Oschelin.



St.Bartholomäus, Oschelin

Chronik eines Umbruchs - Geschichte direkt

Hier folgt die Auswertung des **Pilsener Tagblattes**, einer dezidiert deutschen Zeitung, beginnend mit dem 29. Oktober 1918, also mit dem ersten Tag nach der ČSR-Gründung. Der Leser erlebt dabei Geschichte unmittelbar, auch wenn er bisweilen zwischen den Zeilen lesen muss, weil sich deutsche Zeitungen in der ČSR generell sehr vorsichtig ausdrücken mussten, um Verbote zu vermeiden. Warnende Beispiele waren die „Bohemia“ (Prag) und die „Wacht an der Mies“ (Mies), die jeweils mehrere Wochen oder Monate nicht erscheinen durften. Die Zurückhaltung fiel besonders bei der Berichterstattung zum 4. März 1919 auf.

Dem folgenden Abdruck liegt eine Exzerptensammlung des Verfassers zu Grunde, die vom Gründungsjahr des Pilsner Tagblatts (1862) bis zum Jahre 1938 reicht und für einen möglichen Abdruck in den nächsten Folgen des Witikobriefes bereitsteht. (F.V.)

29.10.18: Der tsch. Staat wird proklamiert. Einige Straßenbahnen und viele Geschäfte sind mit Fahnen geschmückt. Der Nationalrat Pilsens wurde am 27.10.18 gebildet, mahnt zur Ruhe und Ordnung und bittet die Bauern, Lebensmittel zu verkaufen. Abends warfen „einige Jugendliche“ im „Deutschen Haus“ Fensterscheiben ein. Generalfeldmarschall-Leutnant Kestranek übergibt die Militärgewalt Pilsens dem Nationalausschuss.

31.10.18: Das Straßenbild in Pilsen ist wieder normal, Dr. Mandl und Dr. Pik übernehmen die Leitung der städtischen Verwaltung.

1.11.18: Der Tschechische Nationalausschuss begab sich zum „Bory“ (Zuchthaus), um politische Gefangene freizulassen. Die meisten waren wegen Hochverrats verurteilt.

3.11.18: Der deutsche Ortsrat Pilsens versendet Telegramme an die deutschen Nachbargemeinden und die Städte Wien, Reichenberg usw. mit der Bitte um Mäßigung gegenüber den Tschechen, weil es die deutsche Minderheit in Pilsen entgelten müsste. Die Skodawerke stellten wegen Kohlemangels die Produktion für zwei Wochen ein.

5.11.18: Die Geistlichen Pilsens, mehrere Ämter und Korporationen stellten sich in den Dienst des Narodni vybor (N.v.). Der Bürgermeister des deutschen Städtchens Staab (20 km westlich von Pilsen) versicherte dem Pilsner N.v. am 4.11., dass in Staab keine Gefahr für die tschechische Minderheit bestehe.

Die Leitung der Skodawerke wird vom N.v. empfangen. Dr. Mandl rügt das Verhalten der Werke gegenüber der Stadt in nationalen Belangen. Dr. Pik erinnert an die Forderungen der Arbeiterschaft. Generaldirektor Karl von Skoda sichert deren sukzessive Erfüllung zu.

7.11.18: In der Kreisstadt Mies (deutsch, 30 km westl. von Pilsen) herrschte zur Staatsgründung Normalbetrieb ohne Beflaggung. Auf einer Bürgerversammlung im größten Saal der Stadt („Sparkassenwirtschaft“) geht es um die Versorgungssicherheit. Die Versammlung leitet Herr Schöllner, Leiter des Mieser sozialdemokratischen Konsumvereins. Der Reichsratsabgeordnete Dr. Michel berichtet, dass er aus Wien von einem großen Begräbnis, dem Untergang der Monarchie, käme. Alle Redner mahnen zur Besonnenheit, weil Ausschreitungen gegen Tschechen solche gegen die deutschen Minderheiten in Prag und Pilsen nach sich zögen.

8.11.18: In Pilsen gibt es keine deutschen Schilder mehr. Dem untergegangenen Staate müsse man aber keine Träne nachweinen, da er korrupt und ohnmächtig gewesen sei.

14.11.18: Die gewählten Vertreter des (deutschen) Nationalausschusses in Mies werden beim Leiter der dortigen Bezirkshauptmannschaft, Maschner, vorstellig, um ihn auf die deutsche Landesregierung in Reichenberg zu verpflichten. Maschner lehnte ab, weil seine vorgesetzte Behörde die Statthalterschaft in Prag sei. Tags darauf erschien eine Deputation des Mieser Soldatenrates bei Maschner und verwies auf die Vorgänge in Ellbogen und Komotau. Da auch die Erbitterung der Bevölkerung auf Maschner sehr groß war, begab sich dieser nach Prag und erklärte, das Amt nie mehr zu betreten. Die Leitung übernahm der Konzipist Mastalirz, der sich am 13.11.18 gegenüber einer (deutschen) Bürgerabordnung per Handschlag verpflichtete

te, den Weisungen aus Reichenberg zu folgen.

16.11.18: Die Deutsch-Böhmische Landesregierung empfiehlt, Einberufungsbefehle der tschechischen Armee unbeachtet zu lassen.

17.11.18: Das Pilsner Hausregiment IR 35 soll in italienischer Gefangenschaft sein.

Česky Denik (tschech. Zeitung) schreibt, dass alliierte Truppen nach Pilsen verlegt würden, um in den „germanischen Teilen Westböhmens die alldeutschen Gelüste“ der Michels (Abg.), Helmers (Abt. Stift Tepl) und Rubricius (Bürgermeister Marienbad) zu dämpfen.

19.11.18: Ronsperg und die umliegenden Orte „erklären feierlich“, dass sie nie und nimmer zum tschechischen Staate gehören, vielmehr als rein deutscher Bezirk zum neuerstandenen Deutschböhmen gehören wollen und den Anschluss an den Kreis Eger wünschen.

20.11.18: Nachdem Mies „gestern“ von tschech. Militär besetzt wurde, übernahm der N.v. von Pilsen die Verwaltung.

22.11.18: Am 20.11 um 15.00 h. trafen in Marienbad 200 tschech. Soldaten mit dem Zug ein. Sie kamen aus Pilsen und bauten am Bahnhofsvorplatz zwei Maschinengewehrstellungen auf. Bei eisigem Schweigen der Bevölkerung marschierten sie zum Rathaus, wo sich ein Massenaufmarsch der Stadtbewohner gebildet hatte. Drei tschech. Offiziere forderten den Leiter der Bezirkshauptmannschaft zum Rücktritt auf. Als dieser ablehnte und sich die Volksmenge „unwillig“ zeigte, reiste das Militär um 18.00 h wieder nach Pilsen ab. Dabei nahmen sie 100 Gewehre, die gerade aus Eger für die Marienbader Heimwehr eingetroffen waren, mit.

22.11.18: Nachdem sich die Gemeindeverwaltung von Dobrzan (Wiesengrund, 15 km westlich von Pilsen) auf Antrag des Pilsner N.v. aufgelöst hatte, bildete sich eine gemischte Verwaltungskommission.

24.11.18: Vertreter des deutschen Bezirksnationalrats Mies (Dr. Michel, Dr. Stark, Bürgermeister Streeruwitz) sprechen bei Dr. Mandl, Bürgermeister von Pilsen, vor. Vor dem tschech. Nationalausschuss Pilsen protestieren sie gegen die militärische Besetzung von Mies, Bergreichenstein, Dobrzan, Staab, Neuern, Stadt Tuschkau und betonen, nur den Anschluss an Deutschböhmen zu wünschen. Dr. Mandl erklärt, dass sich die Deutschen fügen müssten. In Dobrzan (Wiesengrund) versammelten sich die Deutschen am 18.11. mit „noch niemals dagewesener Beteiligung“ im Gasthaus Bandhauer. Redner waren der Abg. Dr. Michl und der sozialdemokratische Parteisekretär Hillburger. Tosender Beifall kam bei einem Treuegelöbnis zum deutschen Volke auf. Dann protestierte der stellvertr. Bürgermeister, Apotheker Zippe, gegen die Absetzung der Stadtverwaltung und rief erneut eine „geradezu heilige Begeisterung“ hervor, als er gelobte, die Deutschen Dobrzans blieben deutsch, solange sie atmeten. Winterberg wurde von 1.200 tschech. Soldaten besetzt, ebenso Neutitschein, nachdem die „deutsche Garde“ entwaffnet worden war.

27.11.18: Nachdem 13 Deutsche als Geiseln genommen worden waren, besetzten 250 tschech. Soldaten Bergreichenstein. In Lemberg kam es zu einem Juden-Pogrom mit rd. 1000 Toten. Im neuen Amtseid für Lehrer müssen sich diese zur Wahrheitsliebe, zur Gesetzestreue sowie zur Arbeit für die Entwicklung der tsch. Republik verpflichten.

28.11.18: In Wien berät die Nationalversammlung über Anträge zur Verlegung der deutschen Hochschulen aus Prag. Die 13 Geiseln von Bergreichenstein sind wieder frei.

29.11.18: Die Skoda-Werke entließen 16.000 von 28.000 Beschäftigten. In Brüssel verjagt die deutsche Bürgerwehr die Teilnehmer an einer tschech. Massenkundgebung. Tags darauf besetzten die Tschechen Straßen und Plätze. Auf beiden Seiten werden MGs eingesetzt, was zu mehreren Verwundeten und sechs Toten führte.

2.12.18: In Mies wird Landgerichtsrat Röhling verhaftet, wogegen Staatssekretär Tussar vom Außenministerium Wien protestiert. In Prag kommt es zu Ausschreitungen gegen deutsche Offiziere und gegen das Prager Tagblatt „Bohemia“.

5.12.18: In Pilsen erneute „Razzia“ nach deutschen Inschriften, sogar innerhalb der Häuser.

Am 2.12.18 besetzten 300 tsl. Soldaten Bischofteinitz und verhafteten 5 Personen, darunter den Erzdechanten Leopold Klima.

6.12.18: Am 5.12. von 12-18 Uhr streikten die Eisenbahner gegen die Besetzung des Sudetenlandes. Saaz wird von 600 tsl. Soldaten besetzt.

7.12.18: Am 3.12. versammelten sich in Mies die Vertreter der politischen Gemeinden des Bezirkes (anwesend: 117 von 128). Thema war die Ernährungslage. Der Abg. Dr. Michl beklagt die mitunter laue Haltung in nationalen Fragen, auch bei den Bauern. Die Anwesenden verabschieden eine Resolution für das Selbstbestimmungsrecht und lehnen u.a. eine Unterordnung unter eine volksfremde Regierung ab.

12.12.18: Die Deutschböhmische Landesregierung ist am 11.12. „ins Ausland gereist“, weil die Besetzung Reichenbergs stündlich bevorstand.

15.12.18: Finanzminister Rašín verkündet, dass wahrscheinlich schon im Jänner keine Kupons der Kriegsanleihe mehr gezahlt werde, was den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen herbeiführen werde.

19.12.18: Die „innere Amtssprache“ im Kreisgericht zu Brüx ist Tschechisch.

20.12.18: Die Skoda-Angestellten veranstalten im Deutsch. Haus ein „Abschiedskränzchen“.

11.1.19: In Chotieschau (17 km sw. von Pilsen) wird eine tschechische Schule eingerichtet. Gleichzeitig werden sechs Tschechen in die Gemeindevertretung aufgenommen. Der tschech. Böhmerwaldbund (Nar.Jednota Posumavske) gründet eine Ortsgruppe Chotieschau.

12.1.19: Die Skodawerke werden bald 1.500 Angestellte entlassen, davon 1.200 deutsche.

25.1.19: In Mies hält die Bezirkskommission für Jugendfürsorge ihre Vollversammlung ab. Unterstützt werden bedürftige Jugendliche. Die Frauenorganisation hilft Kriegerwitwen.

1.2.19: Tschech. Militär räumt in Plan und Eger die Lebensmittellager und bringt die Vorräte nach Pilsen.

2.2.19: Ein Regierungserlass erklärt Teilnahme und Propaganda für die Wahlen zur deutsch-österreichische Nationalversammlung in Wien zum Hochverrat. Josef Seliger geißelt diesen Erlass und fordert Notwahlen der Deutschen.

4.2.19: Masaryk meint, die Deutschen hätten plötzlich das Selbstbestimmungsrecht entdeckt. Sie unterstützten aber vier Jahre lang Österreich, ohne das Recht der Tschechen auf ihr Land zu achten. Die Prager Deutschen allerdings hätten Verständnis für die Haltung der Tschechen. Er unterstütze den Zionismus, denn die Juden hätten nur die Wahl zwischen Anpassung und Nationalstaat. Der nationale Gedanke sei die Chance zur sittlichen Erneuerung.

9.2.19: In Pilsen zirkuliert ein 1917 im Stationskommando erstelltes Heft mit Personennamen, die mit p.v. und p.u. gekennzeichnet sind. Die Abkürzungen bedeuten „politisch verdächtig“ bzw. „politisch unzuverlässig“.

23.2.19: Wegen der schlechten Wirtschaftslage werden alle Faschingsbälle vom 3. bis 5. März (Rosenmontag bis Aschermittwoch) verboten.

3.3.19: Die Prager (deutsche) Zeitung Bohemia wird verboten, weil man ihr eine Verbindung zu Berlin vorwarf. Der deutsche Konsul wird ausgewiesen.

4.3.19: Am Dienstag, 4.3., soll nach Meldung aus Wien auf Vorschlag der deutschen Sozialdemokraten ein Proteststreik für das Selbstbestimmungsrecht stattfinden.

5.3.19: In Staab und Dobrzan (Wiesengrund) trafen sich die deutschen Bergarbeiter „massenhaft“ zum Streik für das Selbstbestimmungsrecht. In Mies kam es bei einer Kundgebung für das Selbstbestimmungsrecht zu „blutigen Vorfällen“. (Red.: *Die Zeitung berichtet über die Demonstrationen am 4.März 1919 sehr zurückhaltend und nur auf den hinteren Seiten*).

9.3.19: In Mies wurde Rosa Heller, Opfer des 4. März, unter Beteiligung von rd. 3.000 Personen nach jüdischem Ritus beerdigt.

17.3.19: In 17 Gemeinden des Pilsner Kreises wechselten 1.400 Schulkinder von deutschen in tschechische Schulen.

23.3.19: Am 13.3.1919 starb in Leitmeritz Dr. Franz Perko, der 1902 den westböhmisches Schul

vereinsgau gegründet hatte. Diesem gehörten anfangs 19 Ortsgruppen an, jetzt 141.

1.4.19: Die Ausschiffung (Landung) polnischer Truppen in Danzig soll gegen den Widerspruch Deutschlands erzwungen werden.

4.4.19: Die Blockade gegen Deutschösterreich wurde gestern aufgehoben. Einfuhr von Waren ist wieder möglich.

7.4.19: Am 24.3.1919 verstarb in Berlin der Bildhauer Prof. Franz Metzner aus Wscherau bei Pilsen (*Red: spanische Grippe!*). Er gestaltete u.a. das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig.

10.4.19: Tschechische Behörden verboten in Aussig die Aufführung von Schillers „Wilhelm Tell“, weil studentische Besucher planten, den Rütlichswur mitzusprechen.

11.4.19: Auf dem „Kreuzberg“ bei Staab wurde die Wallfahrtskirche geschändet. „Junges Volk“, darunter drei Soldaten, besudelten Altar und Kreuzwegstationen. In der Kirche wurde zur Musik einer Ziehharmonika getanzt, Beschädigung der Orgel.

12.4.19: Auf der Post in Teplitz traf eine Kommission ein, um alle Briefe zu zensieren. Die Postzustellung war daher erst am Nachmittag möglich.

16.4.19: Ein britisches Weißbuch schildert die grausamen Zustände in Leningrad, was zu Rücktrittsforderungen an Lenin führte.

20.4.19: Nachdem die Skodawerke in tschechische Hände gelangt waren, schied Dr. Karl Skoda aus der Firmenleitung aus. Zur Bestürzung vieler bestellte die tschech. Regierung bei den Skodawerken 120 Geschütze.

28.4.19: Am Zentralfriedhof zu Pilsen wurden zwei „Rumburger Opfer“ beigesetzt. Sie hatten kurz vor Kriegsende an einer Meuterei in Rumburg teilgenommen und gehörten zu den danach standrechtlich Erschossenen. Ihre Namen waren Franz Nuha und Stanislaus Vodička.

Wie Václav Havel über die Vertreibung und ihre Folgen dachte

(*Leserbrief zu einem Artikel in der Egerer Zeitung Nr.1, Januar 2022, S. 5*)

Václav Havel, Dissident, Schriftsteller und tschechischer Staatspräsident, ist mit Deutschland auf zwei sehr unterschiedlichen Ebenen verbunden. Der Dissident und Schriftsteller Havel engagierte sich aktiv in der Bewegung „Prager Frühling“. Nach dessen Niederschlagung durch die Truppen des Warschauer Pakts 1968 erhielt er Publikationsverbot. Trotzdem schrieb er im Untergrund weiter.

Als Mitbegründer der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“, die das kommunistische Regime offen kritisierte, wurde er ständig überwacht und war mehrfach im Gefängnis. Auf geheimen Wegen gelangten seine Manuskripte nach Deutschland, wurden von Joachim Bruss übersetzt und fast vollständig im Rowohlt Verlag in Hamburg publiziert. Für sein literarisches Schaffen wurde Václav Havel am 15. Oktober 1989 mit

dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrt. Gewidmet war der Preis dem tschechischen Bürgerrechtler und politischem Dramatiker. Bei der Verleihung konnte Havel in der Frankfurter Paulskirche nicht anwesend sein, denn er mußte befürchten, nicht mehr in die Tschechoslowakei einreisen zu dürfen. Vier Wochen später war Havel der führende Sprecher des Bürgerforums, das den Kommunismus in der Tschechoslowakei am 19. November 1989 mit der „Samtenen Revolution“ in friedlicher Weise beendete.

Unmittelbar vor diesem historischen Einschnitt hatte Havel einen privaten Brief an den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker geschrieben. Darin entschuldigte er sich im Namen der Bürger seines Landes für die „zutiefst unmoralische“ Behandlung der Sudetendeutschen unmittelbar nach der militärischen Niederlage der Nationalsozialisten 1945. Havel betonte, das neue Deutschland und die Tschechoslowakei könnten sich nur dann auf friedliche



Václav Havel

Weise wieder annähern, wenn sich die Tschechoslowakei öffentlich zu dem brutalen Vorgehen gegen ihre eigenen deutschsprachigen Mitbürger bekennen würde... Eine ähnliche Tat sei in Zukunft allein dadurch zu vermeiden, daß ein Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet würde. Havel schloß mit den Worten: „Tschechoslowakische Demokraten sind deutschen Demokraten etwas schuldig.“

Möglicherweise hatte die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels Havel zu diesem Brief bewogen.

Wenige Wochen später wiederholte Havel seine Worte in einem Fernsehinterview, das er als Kandidat zur Wahl des Staatspräsidenten gab. Kurz vor Weihnachten 1989 berichtete der Deutschlandfunk, Václav Havel habe sich für die Vertreibung der Sudetendeutschen entschuldigt. Das war Balsam für die sudetendeutsche Seele. Zwei Tage später aber verbreitete der gleiche Sender, Havels Worte seien nur seine private Meinung gewesen.

Diese Entschuldigung hatte bei seinen Landsleuten heftige Proteste hervorgerufen. Viele Tschechen stellten sich auf den Standpunkt, die Vertreibung der Sudetendeutschen sei die gerechte Strafe für deren Unterstützung Hitlers gewesen. Sie hätten ihre Heimat verraten und somit ihre Ansprüche auf Heimat verwirkt.

Nach der kommunistischen Korrektur seiner Worte wusste Havel, dass er Derartiges zukünftig zu unterlassen habe.

Am 29. Dezember 1989 wählte ihn die bis dahin kommunistische Föderalversammlung zum Staatspräsidenten der Tschechoslowakei. Später angesprochen auf seine Entschuldigung meinte Havel, er habe sich als Privatmann ohne Amt weder für sich noch für den Staat entschuldigt. Er habe gesagt, eine Entschuldigung wäre angemessen gewesen. In Reden, die er im Land hielt, schonte er seine Landsleute nicht, sondern führte ihnen die Schuld vor Augen, die Tschechen nach Kriegsende auf sich geladen hatten. „Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsprechung nicht kannte. Das war keine Strafe, das war Rache.“

Fälschlicherweise interpretierten Vertriebene derartige Äußerungen als Entschuldigung. Gezielt steuerte Havel den deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag von 1992 an. Darin unterstützt Deutschland die volle Mitgliedschaft der Tschechoslowakei in der Europäischen Union. Sämtliche neuralgischen Punkte der Entschädigung der Sudetendeutschen sind aber ausgeklammert. Dadurch war es gelungen, diese unerledigten Probleme auf die europäische Ebene zu heben, damit sie aus dem Weg waren.

In seiner unvergeßlichen Rede vom Februar 1995 bezeichnete Havel „ein fatales Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität“ als wahre Ursache der Vertreibung. Diese einseitige Schuldzuweisung setzte sich darüber hinweg, daß die Erste Tschechoslowakische Republik ein tschechoslowakischer Nationalstaat gewesen war, in dem die Deutschen von der Erstellung der Verfassung und Gesetzesordnung ausgeschlossen gewesen waren sowie 1935 nicht an der Regierung beteiligt wurden, obwohl die Sudetendeutsche Partei mit einem auf Verständigung ausgerichteten Wahlprogramm gewonnen hatte, indem sie die stärkste tschechische Gruppierung (Agrarpartei) mit 73.000 Stimmen überflügelte hatte.

Gleichzeitig verkündete Havel, die Beneš-Dekrete seien ein „fester, unveränderbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung“. Das war eine schallende Ohrfeige für die Vertriebenen. Nicht einmal Dekret 115 konnte gestrichen werden, nach dem ausgelebter Sadismus, Vergewaltigung und Mord nicht als Straftaten zu bezeichnen waren, sobald diese der gerechten Vergeltung dienen. Waren Havel die Menschenrechte nicht mehr wichtig, für die er sich als Bürgerrechtler eingesetzt hatte?

Der Streit über den Fortbestand der Beneš-Dekrete führte zu einer starken, sich ständig beschleunigenden Belastung der deutsch-tschechischen Beziehungen. Um die Wogen zu glätten, unterschrieben die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Re

publik 1997 die Deutsch-Tschechische Erklärung. Darin versichern beide Seiten, daß sie „ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“.

Aus diesem Anlaß sprach Havel vor dem Deutschen Bundestag in Berlin. Er wandte sich gegen das Verdrängen der Geschichte, denn die Grundlage des künftigen guten Zusammenlebens werde gewissenhaftes und unvoreingenommenes Erforschen der Geschichte sein.

Zum Recht auf die Heimat äußerte er sich nicht. Europa war für ihn wieder der Ort, an dem auch der emotional aufgeladene und kontrovers diskutierte Begriff „Heimat“ zur Ruhe kommen könne, denn „früher oder später werden die Europäer auch Europa ... als eine gemeinsame Heimat ihrer Heimaten empfinden müssen.“

Staatspräsident Václav Havel war einer der Wegbereiter der deutsch-tschechischen Verbindung. Er hat diese durch Diplomatie und Charisma vorangebracht, dabei „Tschechien First“ nie aus den Augen verloren. Deswegen tragen in seiner Heimat Straßen und Plätze seinen Namen. Das ist richtig und nachvollziehbar. Bernd Posselts Idee aber, in Deutschland nachzuziehen, kann ich nur als Anbiederung bezeichnen. *(Edith Bergler, Bayreuth)*

Gute Zeiten werden in den schlechten geboren!

Die Verpfändung der Stadt Eger und des Egerlands vor 700 Jahren

Vorgeschichte

Am 24. August 1313 verstarb der deutsche König Heinrich VII. Er entstammte dem Haus Limburg-Luxemburg und hatte die deutsche Reichskrone seit 1308 inne. Eger und das Egerland lagen zu dieser Zeit im deutschen Reichsgebiet. Heinrichs Sohn war Johann von Luxemburg, der beim Tod des Vaters aber erst 18 Jahre alt war. Daher kam es zu einem Interregnum,

das sich schwierig gestaltete. Zwar lag das Königreich Böhmen seit 1310 in Heinrichs Händen, aber der Nachfolger sollte mehr staatsmännische Erfahrung, Lebensweisheit und errungene Erfolge mitbringen.

Deswegen boten Johanns Berater die Königskrone Herzog Ludwig IV. von Bayern an. Gleichzeitig machte aber auch Friedrich der Schöne von Österreich seinen Anspruch auf den deutschen Königsthron geltend. Da der König damals gewählt wurde, mussten beide Kandidaten die wahlberechtigten Erzbischöfe, Kurfürsten, Landgrafen etc. hinter sich bringen. Dabei spielte natürlich auch Geld eine Rolle.

Am 20. Oktober 1314 verpflichtete sich Ludwig von Bayern in einer in Frankfurt ausgestellten Urkunde, dem Böhmenkönig im Fall seiner Ernennung für dessen Unterstützung 10.000 Silbermark zu zahlen. Diese Summe hatte er ihm schon brieflich zugesichert. Außerdem versprach er Johann eine weitere Zahlung von 10.000 Silbermark, sollte er mit dessen zusätzli



Eger vor 1945

chen Bemühungen zum deutschen König gewählt werden. Dafür setzte er Eger mit dem Egerland, Floß und Parkstein als Pfand ein. Beide Parteien, die kompromißlos und wenig weitsichtig agierten, konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Deswegen wurden Herzog Ludwig von Bayern und Friedrich von Österreich im Oktober 1314 in Sachsenhausen an zwei aufeinanderfolgenden Tagen an verschiedenen Stätten von ihren Anhängern zum deutschen König gewählt. Beide ließen sich krönen. Jeder betrachtete sich als gesetzlichen König.

Am 26. August 1315 unterrichtete König Ludwig die Egerer über den genannten Handel. Er forderte sie auf, dem Böhmenkönig Johann von Luxemburg untertänig und gehorsam zu sein und erklärte, danach zu trachten, das Pfand wieder einzulösen. Da ein Land aber keine zwei Könige haben kann, mußte diese verfahrenere Situation nach dem damaligen Rechtsempfinden mit einer kriegerischen Auseinandersetzung bereinigt werden.

Die Thronkämpfe nahmen mit wechselvollem Verlauf ihren Fortgang und entschieden sich am 28. September 1322 in der Schlacht bei Mühldorf am Inn. König Friedrich unterlag. Er wurde auf der Burg Trausnitz in Landshut festgesetzt. König Ludwig gewann und mußte seine Versprechungen einlösen, die er dem Böhmenkönig gegeben hatte. Er konnte aber nicht 20.000, sondern nur 10.000 Silbermark zurückzahlen.

Die Verpfändung

Statt des fehlenden Betrags übergab König Ludwig das eingesetzte Pfand. Auf diese Weise gelangten Eger und das Egerland in den Machtbereich des Böhmenkönigs, Johann von Luxemburg.

Die Grenze des verpfändeten Egerlands verlief auf dem heutigen bayerischen Staatsgebiet im Norden von Silberbach über Hendelhammer, Dickersbrunn, Heidelberg bis Spielberg; im Westen von Hohenbuch über Marktleuten, Ober-Röslau, Grün, Vierst und Vordorf bis zur Platte.

Im Süden reichte das Egerland von der Platte über Farnbach und die Kösseine nach Leutendorf, Meuselsdorf, Ober-Redwitz, Welsau, Welsauer-Hammer, Brand, Haid, Seedorf, Ober-Kunreuth, Boden, Wies und Schönwind. Hier schloß sich das aus Egerer und Waldsassener Gut gemischte Fraitgebiet an, dessen südliche Abgrenzung die Orte Mammersreuth, Querenbach, Maiersreuth, Schachten und Alt-Mugel bildeten. In diesem Teil des Egerlands besaßen die Burggrafen von Nürnberg die Enklaven Wunsiedel, Arzberg und Hohenberg samt der nächsten Umgebung.

Auf dem heutigen tschechischen Staatsgebiet verlief die Grenze von der Tillenbergs-Gegend ausgehend nach Osten über Ulrichsgrün (Oldřichov), Palitz (Palič), Konradsgrün (Salajna), Groß-Schüttüber (Velká-Sitboř), Grün (Uval), Thurn (Tuřany), Lapitzfeld (Lipoltov), Tippessenreuth (Trpěš), Kornau (Obilná), Nebanitz (Nebanice), Hartessenreuth (Hartoušov), Watzgenreuth (Vackovec), Hilpersgrün (heute verschwunden), Mühlessen (Milhostov), Nonnengrün (Hluboká), Berg (Horka) und Frauenreuth (Kopanina).

Die nördliche Grenze bildeten die Orte Mühlgrün (Mlynek), Klinghardt (Křizovatka), Großloh (Velký Luh), Schnecken (Sneky), Fleißen (Plesná), die auf deutschem Staatsgebiet liegenden Orte Oberbrambach und Bärndorf und das auf tschechischem Territorium liegende Steingrün (Výhledy). (Die tschechischen Ortsbezeichnungen wurden erst in der 1918 gegründeten Tschechoslowakei mit einem Gesetz vom 14. April 1920 eingeführt und setzten sich nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung durch.)

Die Verfassungsurkunde

Nach der Übergabe der Pfandschaft huldigten der Rat der Stadt Eger, die Geistlichkeit, die Bürgerschaft sowie die einfachen Bürger Egers dem König von Böhmen, Johann von Luxemburg. Danach verlieh er ihnen am 23. Oktober 1322 eine staatsrechtliche Verfassungsurkunde, in der die politische Sonderstellung Egers zu Böhmen festgeschrieben ist. Deswegen wird diese auch als „Egerländer Freiheitsbrief“ bezeichnet.

In dieser Urkunde ist festgelegt, daß Eger und das Egerland durch die Verpfändung kein integrierter Bestandteil des böhmischen Königreichs wurden, sondern ein selbständiges Verwaltungsgebiet mit eigener Zuständigkeit darstellten. Daher war Eger nicht in die Finanzverwaltung des Königreichs Böhmen einbezogen, hatte weder böhmische Königsteuer noch allgemeine Landessteuer zu entrichten und besaß in allen Ländern des böhmisch-königlichen Regierungsbezirks Zoll- sowie Ungeldfreiheit (Verbrauchssteuer).

Weiter beinhaltete diese Urkunde die Anerkennung Egers als Freie Reichsstadt mit ihren weitreichenden Rechten (z. B. Gerichtsbarkeit) und Gewohnheiten sowie die Anerkennung der Verwaltung der Stadt, die sich völlig von der im Königreich Böhmen unterschied.

(Edith Bergler)

Denunzianten im Protektorat

Ota Filip besprach am 30. August 1997 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Seite 7) das Buch „Hyänen“ von Jaroslav Pospíšil. Es erschien 1996 und befasst sich mit dem tschechischen Denunziantentum während der Protektoratszeit. Der Verfasser stützt sich dabei auf Material aus Geheimarchiven, zu denen er nach 1989 Zugang erhielt.

Die für Tschechen sicherlich erschütterndste Aussage betrifft das Ausmaß der „Zusammenarbeit“ ihrer Landsleute mit der Gestapo. Pospíšil stellte fest, dass zwischen 1939 und 1945 **mehr als 90 Prozent** aller Denunziationen von den Tschechen selbst ausgingen! Ota Filip wählt aus der Fülle der Beispiele nur vier aus, die bezeichnend für die „entsetzlichsten Konturen“ einer „bis heute nicht bewältigten Geschichte“ seien.

Das erste betraf den einstigen Gestapoagenten Bedrich Pokorny, der im April 1945 plötzlich Partisan und Mitte 1945 „Sicherheitsreferent“ der Stadt Brünn wurde. Als solcher war er dann der Hauptverantwortliche für den Brünner Todesmarsch.

Für den Heimatkreis Mies-Pilsen ist die Karriere des Piloten Frantisek Foukal interessant. Er wird von Pospíšil als Führer der Partisanengruppe in Miröschau (nahe Pilsen) bezeichnet, über deren Untaten die Mies-Pilsener 1996 erschütternde Bilder veröffentlichten. Foukal arbeitete vor dem Mai 1945 mit der Gestapodienststelle Zlin zusammen und tauchte nach Kriegsende plötzlich in Miröschau auf. Als Kommandant des dortigen Gefangenenlagers wurde er schuldig am grausamen Tod hunderter deutscher Soldaten, deren Leichname im Schlossgarten in ein Massengrab geworfen wurden. Foukal erwies seine Brauchbarkeit vier Jahre später erneut, als er in den Beskiden den Kommunisten die Mitglieder einer christlich-demokratischen Untergrundorganisation ans Messer lieferte.

Ein Beispiel des „Heldentums“ tschechischer Partisanen erlebte das Bergdorf Plostsa bei Zlin. Es hatte etwa 100 Partisanen für ein halbes Jahr Unterschlupf und Verpflegung geboten. Als eines Tages 40 bis 50 ältere SS- und Wehrmachtsangehörige, die teilweise gerade erst aus den umliegenden Krankenhäusern entlassen worden waren, anrückten, flohen die gut bewaffneten und gut genährten jungen Krieger in den nahen Wald und sahen tatenlos zu, wie das Dorf niedergebrannt und verdächtige Bauern erschossen wurden.

Jaroslav Pospíšils Buch rechnet nach Meinung Ota Filip's „unbarmherzig mit der tschechische Legende“ vom allgemeinen Widerstand des ganzen Volkes gegen die Nazis ab. Nach den Erfahrungen der Sudetendeutschen wird seine Wirkung aber gering sein, denn, wie schon Palacky schrieb, sei der böhmische Volksgeist gekennzeichnet durch „eine äußerst lebhaft, leicht bewegliche Phantasie und ein erfinderisches Talent zu historischen Deutungen“ (sh. Palacky, „Würdigung der alten böhmischen Geschichtsschreiber“, S.112). Man denke nur an das sogenannte Alexanderprivileg, die Königinhofer Handschrift oder an die zahlreichen Verdrehungen aus der jüngsten Geschichte!

Bayern fördert neues Forschungsprojekt zu Heimatvertriebenen

Der Freistaat richtet eine gänzlich neuartige Forschungsstelle zum Thema „Vertriebene als integraler Bestandteil Bayerns“ ein. Dafür werden aus den Mitteln der Fraktionsreserven insgesamt eine halbe Million Euro bereitgestellt. Zunächst soll die Forschungsstelle, die am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg (IOS) eingerichtet wird, für drei Jahre gefördert werden. „Damit wird mein langjähriger Wunsch Wirklichkeit“, sagt Sylvia Stierstorfer, MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, die ihre Initiative und ihren Einsatz dafür belohnt sieht.

Es sind nicht die einzigen Mittel, die diesem Bereich zugutekommen. Die Sonderausstellung „Neuanfänge – Heimatvertriebene in Bayern“ im Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg soll künftig als Wanderausstellung durch ganz Bayern auf Tour gehen. Dafür werden zusätzlich 25 000 Euro bereitgestellt. Für die Beauftragte, die Schirmherrin der Ausstellung ist, sind die Fördermittel ein positives Signal. „Es ist wichtig, an die Geschichte zu erinnern und junge Menschen zu sensibilisieren“, sagt sie. „Denn aus der Vergangenheit können wir lernen.“

Das als Initialzündung gedachte Forschungsprojekt soll ab 2022 neue Erkenntnisse darüber zu Tage fördern, wie die Vertriebenen als Brücke und Kulturvermittler im Herzen Europas gewirkt haben und welchen Einfluss sie auf die kulturelle Identität Bayerns ausgeübt haben. Dabei wird es gerade auch um ihr Bild in Medien und Schulbüchern gehen, und darum, wie sie die Sichtweise der hiesigen Bevölkerung auf die Nachbarländer im Osten und deren Verhältnis zu Bayern und Deutschland geprägt haben. Für Stierstorfer steht fest: „Es ist gut und wichtig, dass wir dieses Thema stärker in den Fokus rücken – auch, um den europäischen Gedanken und das Zusammenwachsen zwischen Ost und West hier im Herzen Europas zu stärken.“ Sie dankt den Regierungsfractionen für die Bereitstellung der Mittel und Prof. Dr. Ulf Brunnbauer, dem Wissenschaftlichen Direktor des IOS dafür, sich dieser bedeutenden Aufgabe anzunehmen.

Quelle: Die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene



Sylvia Stierstorfer, MdL, 2019 bei einem Besuch im Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg mit dem Direktor Prof. Dr. Ulf Brunnbauer.

Es gibt viele Krankheiten, aber nur eine Gesundheit.

Spenden für den Witikobund, 01.01.-30.04.2022

Der Witikobund dankt allen nachgenannten Spendern sehr herzlich: Boess, Wilfried; Heinsch-Spinka, Rautgunde; Konrad, Bruno u. Herta; Kudernatsch, Helmut; Loch, Ekkehard; Pfeifer, Konrad; Pilz, Walter; Waclaw, Erwin; Windisch, Andrea. (Hinweise zu Spendenfragen siehe Impressum, Seite 2!)

<p>neu! € 45,- (ein absolutes MUSS!)</p>	<p>€ 5,-</p>	<p>€ 11,-</p>
<p>€ 16,50,-</p>	<p>€ 9,-</p>	<p>€ 10,-</p>

Bestellungen bitte über [wikitobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de) oder über die Anschriften im Impressum!